



X öffentlich nicht öffentlich

Düsseldorf, 20.01.2026

An den
Vorsitzenden des Rates
der Landeshauptstadt Düsseldorf
Herrn Oberbürgermeister Dr. Keller

Betrifft:

Anfrage des Ratsherrn Winter: Vorgehen gegen missbräuchliche
Vaterschaftsanerkennungen (Scheinvaterschaften) in Düsseldorf im Lichte der
aktuellen Gesetzesinitiative des Bundes

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
ich bitte Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten
Ratssitzung am 11.2. zu setzen.

Sachverhalt:

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung vom 10.12.2025 einen neuen Gesetzentwurf zur
besseren Verhinderung von missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen (sogenannte
Scheinvaterschaften) beschlossen.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf als internationale Großstadt ist mutmaßlich von dieser
Problematik betroffen. Um Transparenz zu schaffen und sicherzustellen, dass die Verwaltung
die bestehenden und zukünftigen Instrumente effektiv nutzt, bitten wir die Verwaltung um
Beantwortung folgender Fragen:

1. Konkrete Auswirkungen des geplanten Bundesgesetzes auf Düsseldorf:

- Welche konkreten Auswirkungen erwartet die Düsseldorfer Verwaltung
(insbesondere Standesamt, Jugendamt und Ausländerbehörde) durch das
geplante Bundesgesetz, sobald es in Kraft tritt?

2. Bisheriges Vorgehen und Kontrollmechanismen der Verwaltung:

- Wie geht die Stadtverwaltung Düsseldorf (konkret das Standesamt und die
Ausländerbehörde) nach den derzeit geltenden Rechtsgrundlagen (§ 1594 Abs.

2 BGB) in Verbindung mit ausländerrechtlichen Bestimmungen) gegen den Verdacht des Sozial- und Aufenthaltsbetrugs im Zusammenhang mit Scheinvaterschaften vor?

3. Bekannte Fallzahlen:

- Wie viele Verdachtsfälle von missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen wurden der Düsseldorfer Verwaltung in den letzten 6 Kalenderjahren (2020 - 2025) bekannt und wie viele dieser Fälle wurden nach behördlicher Prüfung als Missbrauch (unter Einleitung welcher rechtlichen Schritte z.B. Anfechtung der Vaterschaft) eingestuft?

Begründung:

Die effektive Bekämpfung von Sozialbetrug und die Wahrung der Integrität des deutschen Rechts- und Sozialsystems sind von essenziellem Interesse für die Stadtgesellschaft Düsseldorfs. Die aktuellen Entwicklungen auf Bundesebene bieten Anlass, die lokalen Praktiken zu überprüfen und sicherzustellen, dass Düsseldorf gut aufgestellt ist, um Missbrauch konsequent zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Winter